



Mag. Marie Ringler

Gemeinderätin und

Landtagsabgeordnete

Technologiesprecherin

Der Grüne Klub im Rathaus

A-1082 Wien

Fax: (01) 4000-99-81800

Telefon: (01) 4000-81800

E-Mail: marie.ringler@gruene.at

Web: <http://marie.gruene.at>

INFORMATION zu Open Source in der Wiener Stadtverwaltung

Stadt Wien prüft Umstieg auf Open-Source/Linux bei Computer-Arbeitsplätzen - Ringler: „Ein erster positiver Schritt, hin zu einer offenen Stadt mit offenen Standards.“

Der von den Grünen im Juni 2003 eingebrachte Antrag, in dem die Einführung von Open-Source/Linux Produkte an den Arbeitsplatzcomputern der Stadt Wien gefordert wird, wurde nun zum Teil von der Magistratsabteilung 14 positiv beantwortet. „Die Stadt prüft nun den mittelfristigen Umstieg auf Linux-Produkte am Arbeitsplatz“, freut sich die Technologiesprecherin der Wiener Grünen Marie Ringler und weiter: „Wehrmutstropfen dabei ist allerdings die immer noch etwas zögerliche Haltung der Stadt Wien, die erst 2007 umsteigen will.“ Die Wiener Grünen halten einen raschen Umstieg für sinnvoll und machbar.

Zudem fordern die Grünen, dass der angekündigte Prüfbericht der zuständigen Magistratsabteilung, der Mitte 2004 fertig werden soll, jedenfalls als Grundlage für weiterführende öffentliche Diskussionen publik gemacht werden soll. „Wir wünschen uns von der Stadt Wien mehr politischen Mut zu Linux in der Verwaltung. Denn eine offene Stadt braucht offene Software-Standards“, so Ringler abschließend.

Analyse der Antragsbeantwortung:

In der Antwort auf den Grünen Antrag zur Einführung von Open Source Produkten auf den Arbeitsplätzen durch die zuständige Magistrats-Abteilung 14 werden vor allem zwei Punkte betont, die laut MA 14 gegen einen schnellen Umstieg auf OS sprechen:

- das Nutzungsrecht von Windows 2000 und Office 2000 bis 2007, wodurch keine Lizenzkosten für neue Produkte anfallen (weil ja keine gekauft werden); darin liegt für die Wiener Verwaltung auch der Unterschied zu München
- die Kosten, die ein nach Ansicht der Stadtverwaltung unnötig früher Umstieg bringen würde

Die Grünen halten dem entgegen:

- Der Vergleich mit München ist nicht stichhaltig, weil der Grund für den Umstieg in München die Einstellung des Supports durch Microsoft und nicht ein Auslaufen der Lizenzen war. In Wien laufen laut Auskunft der MA14 die Supportleistungen durch Microsoft 2007 aus.
- Die Grundlage der Kalkulation, dass ein Umstieg jetzt teurer ist als 2007, ist unklar. Noch gibt es keine Aufschlüsselung, wie viel der Support für Microsoft-Produkte magistratsintern derzeit kostet.
- Die Grünen weisen nochmals auf die qualitativen Vorteile von OSS hin: eigenständige Wartbarkeit des Systems, höhere Datensicherheit und geringere Anfälligkeit für Viren und Würmer, deren ungehinderte Verbreitung auch in öffentlichen Systemen großen finanziellen Schaden anrichten und ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Und auch in der Wirtschaftlichkeitsanalyse dürfen nicht nur die Lizenz- und Investitionskosten zählen, sondern auch:

- Sicherheit (z.B. aktuelle Viren/Wurmseuche)
- Investitionsschutz als langfristige Entscheidung der Lösung von „vorgeschriebenen Ablösezyklen“
- Bindung an Normen und offene Standards und nicht an einzelne Hersteller
- Impulse für die lokalen IT- Unternehmen

Positiv vermerken die Grünen aber die Ankündigung der Stadtverwaltung, dass daran gedacht wird, alle neuen Arbeitsplätze mit OS-Systemen auszustatten und fordern, dass damit unverzüglich begonnen wird.

In diesem Zusammenhang muss allerdings bedacht werden, dass ab sofort neue Anwendungen auf beiden Plattformen einsetzbar sein müssen und für neue Hardware-Peripherie Treiber für beide Systemumgebungen verfügbar sein müssen. (Dh. es ist zu verhindern, dass jetzt noch für bestehende Systeme Software bzw. Peripherie beschafft wird, die später die Portierung erschwert.)

Als Vorbereitung für die in der Antragsbeantwortung angekündigte strategische Entscheidung der Stadt im 1. Halbjahr 2004 fordern die Grünen auch, dass der Prüfbericht der Stadt, der Mitte 2004 fertig sein soll, jedenfalls veröffentlicht wird, um die Entscheidungsprozess transparent und für eine interessierte Öffentlichkeit nachvollziehbar und diskutierbar zu gestalten.